



Gemeinde Hofstetten-Flüh

PROTOKOLL

Gemeinderat (Amtsperiode 2013-2017)

48. Sitzung vom Dienstag, 23. August 2016

19:30 Uhr - Sitzungszimmer der Aula, Primarschulhaus Hofstetten

Sitzungsleitung:	Gschwind Richard
Teilnehmende:	Gubser Peter Bönzli-Graf Marc Boss-Schibler Peter Gschwind-Dufing Markus Schneebeli-Honegger Benjamin Schuppli Domenik Benz Bruno Ebner Roland
Gäste:	Anliker Verena, Präsidentin Arbeitsgruppe 50+ (Trakt. 2) Schulter Hans, Präsident EuK (Trakt. 3 + 4) Scheiwiller Alfred, Präsident Kföb / Betreuer Asylsuchende (Trakt. 5 - 8)
Protokollführung:	Rüger-Schöpflin Verena

Verhandlungen

- | | | |
|----|----------------|---|
| 1 | 0.1.2.3
450 | Protokolle Gemeinderat
Protokoll |
| 2 | 0.1.8.3
451 | Spezialkommissionen / Arbeitsgruppen
Projektgruppe
Einsatz Projektgruppe Nutzung Säge-Areal (Eggmann-Frey), Bättwil |
| 3 | 8.6.0.5
452 | Konzepte
Label Energiestadt: Beschaffungsrichtlinien |
| 4 | 8.6.0.5
453 | Konzepte
Label Energiestadt: Gebäudestandard öffentliche Bauten |
| 5 | 7.4.2.0
454 | Bau und Unterhalt
Friedhof: Sanierung Friedhofmauer Nord |
| 6 | 5.8.6.0
455 | Unterkünfte
Asylunterkünfte: Notunterkunft |
| 7 | 5.8.6.1
456 | Betreuung
Asyl- und Flüchtlingswesen: Wahl einer Betreuerin |
| 8 | 8.6.5.2
457 | Mobilfunkeinrichtungen
Mobilfunkantennen
Erweiterung Mobilfunkantenne Mammut |
| 9 | 2.9.5
458 | Mittagstisch / Tagesstrukturen
Familienergänzende Tagesbetreuung |
| 10 | 0.1.8.4
459 | Delegierte
Nominierung: Wahlvorschlag EBM |
| 11 | 0.2.2.0
460 | Dienst- und Gehaltsordnung
Dienst- und Gehaltsordnung |
| 12 | 7.9.3
461 | Gestaltungs-, Erschliessungs-, Überbauungsplanung
Abschluss von Rechtsgeschäften |
| 13 | 7.1.5
462 | Anschlussbeiträge, Gebühren
Anschlussgebühren |
| 14 | 0.1.2.9
463 | Übriges Gemeinderat
Verschiedenes |
| 15 | 9.1.7
464 | Abschreibung und Erlass von Forderungen und Gebühren
Abschreibungen (vertraulich) |
| 16 | 0.1.2.9
465 | Übriges Gemeinderat
Informationsrunde GR-Ressortchefs / Verwaltung (vertraulich) |

0.1.2.3	Protokolle Gemeinderat
450	Protokoll

Die Protokolle Nr. 46 vom 28. Juni 2016 und Nr. 47 vom 6. Juli 2016 werden einstimmig genehmigt.

0.1.8.3	Spezialkommissionen / Arbeitsgruppen
451	Projektgruppe Einsitz Projektgruppe Nutzung Säge-Areal (Eggmann-Frey), Bättwil

An der Sitzung vom 28. Juni 2016 hat Richard Gschwind informiert, dass Vorschläge zur künftigen Nutzung des Säge-Areal in Bättwil erarbeitet werden sollen. Dafür wird eine Projektgruppe eingesetzt. Seitens der Grundeigentümer, den Gemeinden Bättwil, Metzleren-Mariastein, Rodersdorf und Witterswil ist die Mitwirkung der Gemeinde Hofstetten-Flüh erwünscht. Richard Gschwind hat an der Präsidentenkonferenz verlauten lassen, es stünde ihm nicht zu, alleine zu entscheiden, da Hofstetten-Flüh nicht am Grundstück beteiligt sei. Er sei nicht dagegen, gemeinsam Projekte anzugehen, wenn daraus auch Vorteile für unsere Gemeinde resultieren. An der heutigen Sitzung soll der Gemeinderat beschliessen, ob Delegierte der Gemeinde Hofstetten-Flüh Einsitz in die Projektgruppe nehmen sollen.

Mit Schreiben vom 05. Juli 2016 empfiehlt die Arbeitsgruppe 50+ dem Gemeinderat den Einsitz und damit Mitsprache in der Projektgruppe. Die delegierten Personen sollen sich dafür einsetzen, dass die Bedürfnisse der älteren Personen, sowie sie im Forum „Älter werden – gemeinsam gestalten“ vom 04. Juni 2016 in Witterswil geäußert wurden, umgesetzt werden.

Richard Gschwind weist darauf hin, dass zurzeit der künftige Verwendungszweck noch offen ist. Sicherlich sei der Bau von Alterswohnungen ein Thema. Sollte der Entscheid zugunsten der Realisierung von Alterswohnungen gefällt werden, sollten seiner Ansicht nach Mitglieder der Arbeitsgruppe 50+ in der Projektgruppe mitarbeiten.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig in der Projektgruppe mitzumachen, lässt hingegen noch offen, wer delegiert wird. Sobald es um das Thema „Alterswohnen“ geht, wird der Gemeinderat Mitglieder der Arbeitsgruppe 50+ in die Projektgruppe delegieren.

Verena Anliker, Präsidentin Arbeitsgruppe 50+, freut sich mitteilen zu können, dass bereits eine Massnahme aus dem Forum realisiert werden konnte. Pro Senectute bietet zweimal im Monat in der Gemeindeverwaltung Bättwil Sprechstunden an.

8.6.0.5	Konzepte
452	Label Energiestadt: Beschaffungsrichtlinien

An seiner Sitzung vom 25. März 2014 hat der Gemeinderat einstimmig das Energieleitbild mit Zielvorgaben sowie das energiepolitische Programm genehmigt.

Gestützt auf diesen Beschluss hat die Energie- und Umweltkommission (EUK) für die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen Beschaffungsrichtlinien mit entsprechenden Vorgaben sowie ein Formular für die jährliche Erfolgskontrolle erarbeitet.

Mit Schreiben vom 09. August 2016 beantragt die Energie- und Umweltkommission dem Gemeinderat, die Beschaffungsrichtlinien für die Gemeinde als verbindlich zu erklären und per 01. Oktober 2016 in Kraft zu setzen. Ebenso beantragt sie, dass der Gemeinderat die entsprechenden Organe informiert, welche Beschaffungsrichtlinien anzuwenden sind.

Hans Schulter, Präsident EUK, informiert, dass die dem Rat vorliegenden Beschaffungsrichtlinien nachfolgenden Personen zur Vernehmlassung vorgelegt und von diesen ohne Vorbehalt akzeptiert wurden:

- Bruno Benz, Gemeindeverwalter
- Thomas Schelker, Chef Hauswartzdienst
- Andreas Meier, Stv. Chef Technischer Dienst
- Alfred Scheiwiler, Präsident Kommission für öffentliche Bauten und Anlagen
- René Gschwind, Präsident Werkkommission

Die EUK ist bestrebt, die im energiepolitischen Programm festgesetzten Ziele zu erreichen und das Re-Audit im Jahr 2018 zu erfüllen.

Peter Boss bedankt sich für die geleistete Arbeit. Seit Jahrzehnten sei es in der Gemeinde Hofstetten-Flüh Tradition, nachhaltig und umweltorientiert zu planen. Massnahmen im Energiebereich seien eine Selbstverständlichkeit. Er bekundet Mühe mit den Richtlinien, welche in seinen Augen ein „Papiertiger“ sind.

Hans Schulter entgegnet, dieses Argument sei schon von Mitgliedern der EUK ins Feld geführt worden. Das Erarbeiten von Richtlinien sei jedoch nicht Nice to Have sondern Auftrag und Pflicht.

Domenik Schuppli unterstützt die Vote von Peter Boss. Seiner Meinung nach könne ohne Richtlinien genauso gut Sorge zur Umwelt getragen werden.

Benjamin Schneebeili sieht in den Richtlinien ein Hilfsmittel, nach welchen Kriterien Ware wie z.B. Papier beschafft wird.

Markus Gschwind erkundigt sich, ob ein Nein zu diesen Richtlinien Einfluss auf das Label hat.

Roland Ebner weist darauf hin, dass die Gemeinde dank ihres ökologischen Verhaltens und den bereits ergriffenen Massnahmen auf Anhieb das Label „Energie-Stadt“ erhalten hat.

Marc Bönzli findet die Beschaffungsrichtlinien gut. Das jährliche Controlling gehe ihm zu weit.

Bruno Benz gibt zu bedenken, wenn Richtlinien erlassen werden, brauche es auch ein Kontrollinstrument.

Peter Gubser steht für einen „schlanken“ Staat. Jedoch habe die Gemeinde zum Energie-Stadt-Label Ja gesagt und das energiepolitische Programm genehmigt.

Beschluss:

Bei einer Enthaltung sprechen sich drei Räte sich für die Inkraftsetzung der Richtlinien aus; drei dagegen.

Mittels Stichtentscheid des Gemeindepräsidenten wird der Antrag der Energie- und Umweltkommission abgelehnt.

Hans Schulter erkundigt sich, was nun von der EUK erwartet werde.

Roland Ebner ist der Auffassung, dass mit diesem Entscheid die EUK und das Label in Frage gestellt werden.

8.6.0.5	Konzepte
453	Label Energiestadt: Gebäudestandard öffentliche Bauten

Gestützt auf das vom Gemeinderat am 25. März 2014 genehmigte und verabschiedete energiepolitische Programm beantragt die Energie- und Umweltkommission mit Schreiben vom 09. August 2016 Gebäudestandards im Sinne der Ökologie, Energieeffizienz und Nachhaltigkeit als verbindlich zu erklären.

Hans Schulter informiert, dass die Richtlinien von Energie Schweiz bzw. Energiestadt zu Anwendung kommen sollen. Die dem Rat vorliegenden Gebäudestandards wurden nachfolgenden Personen zur Vernehmlassung vorgelegt und von diesen ohne Vorbehalt akzeptiert:

- Bruno Benz, Gemeindeverwalter
- Thomas Schelker, Chef Hauswartsdienst
- Andreas Meier, Stv. Chef Technischer Dienst
- Alfred Scheiwiler, Präsident Kommission für öffentliche Bauten und Anlagen
- René Gschwind, Präsident Werkkommission

Domenik Schuppli fordert, dass sich der Gemeinderat nochmals mit dem Label Energie-Stadt auseinandersetzt und erst danach einen Entscheid fällt.

Richard Gschwind ist der Meinung, dass die Gebäudestandards als Grundlage dienen.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt mit 6 Ja und einer Enthaltung die Gebäudestandards als verbindlich und setzt diese per 01. Oktober 2016 in Kraft.

Die entsprechenden Organe werden informiert.

7.4.2.0	Bau und Unterhalt
454	Friedhof: Sanierung Friedhofmauer Nord

Die Friedhofmauer, welche sich auf der Nordseite der Kirche erstreckt, muss saniert werden. Bei der Mauer handelt es sich um eine verputzte Bruchsteinmauer mit einer Jurakalkstein-Mauerkrone. Die Mauerkronensteine und die Fugen sind stellenweise stark verwittert und Wasser dringt ins Mauerwerk. Dies hat ein Ablösen des Putzes zur Folge und die Standfestigkeit der Mauer wird geschwächt.

Die Kommission für öffentliche Bauten und Anlagen (KföB) hat drei verschiedene Varianten geprüft und beraten:

1. Losen Putz entfernen und ergänzen, Mauerkrone abdichten
2. Losen Putz entfernen und vollflächig ergänzen, Ersatz der Mauerkrone aus Natur- oder Kunststein
3. Abbruch der Mauer und Ersatz

Im Vergleich zu den Varianten 1 und 2 bietet Variante 3 den Vorteil, dass die Mauer gegen Grundwasser abgedichtet werden kann. Dieser Vorteil rechtfertigt aus Sicht der Kommission die erheblichen Mehrkosten jedoch nicht. Die KföB ist zum Schluss gekommen, dass Variante 2 das beste Kosten-Nutzenresultat erzielt.

Mit Schreiben vom 11. August 2016 beantragt die Kommission für öffentliche Bauten und Anlagen, die Herstellung der Kunststeine und die Baumeisterarbeiten aufgrund der durchgeführten Submission (Vergabekriterien Angebotspreis 100%) zu vergeben.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Sanierung der Friedhofmauer Nord zu und vergibt die Baumeisterarbeiten an die Firma Paul Gschwind AG, Therwil, sowie die Kunststeinarbeiten an die Firma Beton Christen AG, Muttenz.

5.8.6.0	Unterkünfte
455	Asylunterkünfte: Notunterkunft

Der ressortverantwortliche Gemeinderat Soziales, Domenik Schuppli, beantragt dem Gemeinderat einen Nachtragskredit in der Höhe von CHF 20'000.-- um in den ehemaligen Spitexträumlichkeiten eine kleine Wohnung als Notunterkunft zu errichten.

Alfred Scheiwiler, Asylbetreuer spricht sich gegen den vorgeschlagenen Ausbau aus. Er ist der Meinung, die Kostenberechnung von Urs Hueber, Bausekretär, falle zu hoch aus. Mit einer Investition von CHF 5'000.-- liesse sich der Umbau realisieren.

Roland Ebner erklärt, die Berechnung basiere auf der Vorgabe, dass die beiden Zimmer unabhängig von der oberen Wohnung genutzt werden können.

Bruno Benz weist darauf hin, dass die Privatsphäre von seiner Mutter ohne diese Umbauarbeiten nicht gewährleistet wäre. Um in die Waschküche zu gelangen, müsste der Wohnbereich von Frau Benz betreten werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig einen Nachtragskredit für die Sanierung der ehemaligen Spitexträume in der Höhe von CHF 20'000.--.

5.8.6.1	Betreuung
456	Asyl- und Flüchtlingswesen: Wahl einer Betreuerin

Frau Sibylle Schwejda hat ihre Tätigkeit als Betreuerin Asylsuchender auf den 31. August 2016 gekündigt.

Als Nachfolgerin wird Frau Traudel Kachholz zur Wahl vorgeschlagen. Domenik Schuppli hat sie in einem Gespräch bereits ausführlich über den Aufgabenbereich informiert. Frau Kachholz ist an dieser Aufgabe interessiert und würde sich über eine Wahl freuen.

Beschluss:

Der Gemeinderat wählt einstimmig Frau Traudel Kachholz als Betreuerin Asylsuchende.

8.6.5.2	Mobilfunkeinrichtungen
457	Mobilfunkantennen Erweiterung Mobilfunkantenne Mammut

An der Sitzung vom 28. Juni 2016 wurde dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht, dass die Swisscom AG, Worblaufen, für die Erweiterung und den Ersatz der bestehenden Mobilfunkantenne auf dem Dach der Mehrzweckhalle „Mammut“ ein Gesuch eingereicht hat.

Peter Boss informiert, dass die neue Antenne vier Meter höher sein wird als die bestehende. Die Swisscom AG hat einen neuen Vertragsentwurf erstellt und zur Genehmigung eingereicht.

Unter Punkt 6 „Besondere Bestimmungen / Individualvereinbarungen“ wird folgendes ergänzt:

- Statischer Nachweis muss erbracht werden

Roland Ebner macht den Rat darauf aufmerksam, dass mit dem bestehenden Mietvertrag vom 15. April 2008 ein Ausbau der Anlage nicht möglich ist. Erst wenn der Gemeinderat den neuen Mietvertrag genehmigt, kann dieser erfolgen.

Das Baugesuch wurde beim Amt für Umwelt zur Prüfung der NIS-Grenzwerte (nicht-ionisierende Strahlung) eingereicht. Gemäss Bericht werden diese eingehalten.

Auf die Frage, wieso Mobilfunkantennen nicht ausserhalb der Wohnzone gebaut werden, verweist Roland Ebner auf den Rechtsgrundsatz Antennen seien im Baugebiet zu realisieren. Werde eine andere Praxis angestrebt, muss das Raumplanungsgesetz entsprechend angepasst werden.

Peter Gubser stellt fest, dass im neuen Vertrag sehr viele Auflagen gemacht werden, die Miete aber nicht wesentlich höher sei. Er vertritt die Meinung mit Verhandlungsgeschick lasse sich mehr herausholen. Er gibt im Weiteren zu bedenken, dass die Behandlung von Einsprachen / Beschwerden viel Arbeit erfordern.

Bruno Benz ist der Ansicht, die Gemeinde solle den doppelten Mietzins verlangen. Zudem müsse eine Notstromversorgung der Antenne von vier Stunden gewährleistet sein.

Richard Gschwind lässt über folgende Anträge abstimmen:

1. Ergänzung im Vertrag; Gewährleistung einer Notstromversorgung von 4 Stunden
2. Höhe des Mietzinses: CHF 10'000.-- bis 12'000.--
3. Genehmigung des Mietvertrags mit den besprochenen Ergänzungen

Beschlüsse:

1. einstimmig
2. einstimmig
3. Der Gemeinderat genehmigt mit 6 Ja und einer Enthaltung den Mietvertrag mit den besprochenen Ergänzungen.

Peter Boss wird die Verhandlungen mit der Swisscom AG führen.

2.9.5	Mittagstisch / Tagesstrukturen
458	Familienergänzende Tagesbetreuung

Dem Gemeinderat sind von zwei potentiellen KiTa-Betreibern umfassende Unterlagen mit entsprechenden Anträgen eingereicht worden. An der Sitzung vom 28. Juni 2016 hat der Rat den Grundsatzentscheid gefällt, familienergänzende Tagesbetreuung in der Gemeinde zu unterstützen.

Aus Sicht von Domenik Schuppli gibt es keine Gründe, weshalb der Gemeinderat noch nicht über diese Gesuche befinden kann. Er stellt daher folgende Anträge:

1. Der Gemeinderat behandelt die vorliegenden Anträge der beiden potentiellen KiTa-Betreiber an der Gemeinderatssitzung vom 06. September 2016.
2. Die beiden potentiellen KiTa-Betreiber erhalten an dieser Sitzung die Möglichkeit, sich und ihr Vorhaben kurz vorzustellen.

Richard Gschwind unterstützt den Vorschlag, die beiden potentiellen KiTa-Betreiber einzuladen, damit diese ihre Konzepte vorstellen können. Hingegen ist er der Meinung, dass der Rat an der Sitzung vom 06. September 2016 noch keinen Entscheid betreffs Unterstützung fällen kann. Der Rat müsse festlegen, welche Kriterien erfüllt werden müssen, damit die Gemeinde Unterstützungsbeiträge gibt:

- was erwartet die Gemeinde
- Standort der KiTa
- Alter der zu betreuenden Kinder
- Ferienzeit
- Wirtschaftlichkeit

Domenik Schuppli vertritt die Meinung, es sei nicht an der Gemeinde zu bestimmen, welche Art von KiTa geführt wird. Er möchte wissen, wer die Kriterien aufstellt und wer die Interessenten informiert.

Aus Sicht von Peter Boss ist es unabdingbar ein Minimum an Kriterien festzulegen. Was erwarten wir? Ausstiegszenarien.

Benjamin Schneebeli erkundigt sich, weshalb ein Kriterienkatalog erstellt werden soll. Aus den Gesuchen gehe das Anliegen um finanzielle Unterstützung bzw. Räumlichkeiten eindeutig hervor.

Peter Gubser findet es wichtig Kriterien aufzulisten. Wenn die Gemeinde Geld bzw. Raum zur Verfügung stellt, müssten auch Bedingungen daran geknüpft werden.

Marc Bönzli sieht ein zweistufiges Verfahren: Anhören, Angebot erweitern, unsere Kriterien einbringen.

Domenik Schuppli stellt sich klar auf den Standpunkt, für ihn gäbe es nichts mehr zu machen in dieser Sache. Die Konzepte lägen vor und darüber könne entschieden werden.

Markus Gschwind ist ebenfalls der Meinung, die beiden potentiellen Betreiber sollten angehört werden.

Im Anschluss an die Diskussion lässt Richard Gschwind über den 1. Antrag von Domenik Schuppli abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat lehnt den Antrag mit 5 zu 2 Stimmen ab.

Richard Gschwind stellt den Antrag, die beiden Interessenten einzuladen, damit diese ihre Konzepte vorstellen können. Um eine Entscheidungsgrundlage zu haben erarbeiten Richard Gschwind und Domenik Schuppli Kriterien.

Beschluss:

Der Rat unterstützt den Antrag von Richard Gschwind mit 5 Ja bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung.

0.1.8.4	Delegierte
459	Nominierung Wahlvorschlag EBM

Am 31. Dezember 2016 endet die Amtsdauer der aktuellen Delegierten der EBM. Daher sind die Delegierten für die Amtsdauer neu 2017/2020 zu wählen. Die Wahlvorschläge sind bis zum 08. September 2016 dem Büro der Delegiertenversammlung der EBM einzureichen.

Bisher wurde unsere Gemeinde von Bruno Benz, Peter Boss, Peter Gubser und Ursula Schnell vertreten.

Zwei der bisherigen Delegierten stellen sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung.

Beschluss:

Der Rat beschliesst einstimmig, nachfolgende Kandidatin und Kandidaten dem Büro der Delegiertenversammlung der EBM für die Amtsperiode 2017/2020 zur Wahl vorzuschlagen:

- Marc Bönzli, Mechaniker, 1963
- Peter Boss, Wirtschaftsinformatiker, 1958
- Benjamin Schneebeili, Export Manager, 1957
- Ursula Schnell-Baumann, Bauzeichnerin, 1947

0.2.2.0	Dienst- und Gehaltsordnung
460	Dienst- und Gehaltsordnung

Bei den Entschädigungen für ehrenamtliche Leistungen (Gemeinderat, Kommissionen, Arbeitsgruppen) hat die Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Dienst- und Gehaltsordnung keine Anpassungen vorgenommen. Aus diesem Grund hat sich Domenik Schuppli mit diesem Thema auseinandergesetzt und seine Überlegungen in einem Schreiben an die Ratskollegen ausführlich dargelegt. Er moniert, dass seine Vorstösse Kommissionen, Gemeinderäte und Ersatzmitglieder besser zu entschädigen nicht ernst genommen wurden.

Richard Gschwind hat die Entschädigungspraxis anderer Gemeinden angesehen. Er hat festgestellt, dass die Gemeinde Breitenbach, welche eine vergleichbare Grösse hat, tiefere Ansätze anwendet. Zudem gibt er zu bedenken, dass der Gemeinderat eine Steuersenkung ins Auge gefasst hat.

Benjamin Schneebeli sieht Handlungsbedarf bei den Kommissionen. Die Entschädigung des Gemeinderates erachtet er als angemessen.

Marc Bönzli findet die Entschädigungen grössten Teils in Ordnung. Bisher haben die Kommissionen für ein gemeinsames Essen CHF 40.-- pro Kommissionsmitglied erhalten. Als Zeichen der Wertschätzung sollte das jährliche Kommissionsessen von der Gemeinde vollumfänglich übernommen werden. Ebenso unterstützt er den Vorschlag von Domenik Schuppli den Ersatzgemeinderäten das doppelte Sitzungsgeld als Vorbereitungsentschädigung zu entrichten.

Peter Gubser gibt zu bedenken, dass der Rat über eigene Bezüge befinde. Der Gemeinderat habe ausserdem eine Steuersenkung beschlossen. Die Koppelung Steuersenkung und gleichzeitige Erhöhung der eigenen Bezüge sei aus seiner Sicht fragwürdig.

Richard Gschwind findet es einen guten Ansatz, den Ersatzgemeinderäten das doppelte Sitzungsgeld auszurichten.

Domenik Schuppli weist darauf hin, dass in der heute gültigen wie auch in der überarbeiteten DGO keine Entschädigung für Schreibearbeiten, Telefonate, etc. vorgesehen sind. Es werden lediglich Sitzungen entschädigt.

Peter Gubser ist der Ansicht, das Amt als Gemeinderat sei als Dienstleistung zum Wohl der Allgemeinheit zu verstehen. Auch in seinem Ressort gäbe es einiges an Schreibearbeiten zu erledigen. Zudem nähme er an Sitzungen teil, welche nicht entschädigt werden.

Markus Gschwind setzt sich für eine Erhöhung der GR-Grundentschädigung ein. Er pflege den Kontakt zu den Vereinen, besuche Generalversammlungen und erfülle Präsentationspflichten, was ebenfalls nicht entlohnt wird.

Bruno Benz erachtet eine Erhöhung der Grundbesoldung als Giesskannenprinzip. Schon immer wurden Projektarbeiten und Zusatzaufwand separat vergütet. Etwas Neues auszubauen, bedinge einen Initialaufwand.

Nach weiteren Diskussionen wird über folgende Anträge abgestimmt:

1. Ersatzgemeinderäte erhalten den doppelten Sitzungsgeldansatz
2. Die Entschädigung der Kommissionspräsidenten wird einheitlich auf CHF 3'500.-- festgelegt.

Beschlüsse:

1. Der Gemeinderat beschliesst einstimmig den Ersatzgemeinderäten das doppelte Sitzungsgeld zu entrichten.
2. Der Gemeinderat beschliesst mit 6 Ja und einer Enthaltung die Entschädigung der Kommissionspräsidenten auf CHF 3'500.-- festzulegen.

Gemäss § 47 Abs. 2 der heute gültigen Dienst- und Gehaltsordnung richtet die Gemeinde bei einer vorzeitigen Pension eine Ersatzrente aus. Diese beträgt pro Beitragsjahr, welches in der Pensionskasse erworben wurde (gemeindeeigene und frühere PK-Jahre zusammen), 4% der geltenden maximalen einfachen Altersrente.

Peter Gubser führt aus, dass seit dieser Regelung einige Zeit vergangen ist. Vorzeitige Pension bedeute tiefere Rente. Nur gut Verdienende können sich dies leisten. Versicherte hätten die Möglichkeit, sich in die Pensionskasse einzukaufen oder für die vorzeitige Pension ein Konto zu öffnen.

Frühzeitige Pensionen leisten sich heute nur noch Staatsbetriebe, was nicht als gerecht empfunden wird.

Peter Boss äussert sich skeptisch und vertritt die Meinung, dass im Hinblick auf die Senkung des Umwandlungssatzes nicht zu viel geändert werden sollte.

Bruno Benz wendet ein, Peter Gubser moniere, dass sich nur gut Verdienende eine Frühpension leisten könnten. Die von ihm unterbreiteten Vorschläge wie Einkauf in die Pensionskasse, Konto öffnen etc. kommt auch nur für gut Verdienende in Frage. Bruno Benz plädiert für eine Beibehaltung dieser Regelung. Er weist nochmals darauf hin, dass die heute gültige DGO in Hinblick auf den Gesamtarbeitsvertrag angepasst wurde, um nicht ein Zweiklassensystem „Lehrer/Verwaltungsangestellte“ zu haben. Zudem werden die PK-Gelder bei einem Stellenwechsel zur neuen Pensionskasse transferiert. Der Antrag, zu den gemeindeeigene auch die früheren PK-Jahre hinzuzurechnen, sei von der Gemeindeversammlung gestellt worden.

Richard Gschwind stellt den Antrag, die Möglichkeit der vorzeitigen Pension von 5 Jahren auf 3 Jahre zu verkürzen.

Peter Gubser möchte für Personen, welche 10 bis 15 Jahre beim selben Arbeitgeber beschäftigt waren, eine Übergangsregelung.

Richard Gschwind unterbreitet den Vorschlag in § 47 Abs. 2 festzuhalten, dass eine Frühpension maximal drei Jahre vor dem regulären Pensionsalter möglich ist. Für die Berechnung der Ersatzrente sind die Beitragsjahre in der gemeindeeigenen Pensionskasse massgebend. Eine Übergangsregelung wird erarbeitet.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig die Möglichkeit der frühzeitigen Pension auf 3 Jahre zu verkürzen.

7.9.3	Gestaltungs-, Erschliessungs-, Überbauungsplanung
461	Gestaltungs-, Erschliessungs-, Überbauungsplanung In den Gärten: Abschluss von Rechtsgeschäften

Das Grundbuchamt hat den Handänderungsvertrag im Zusammenhang mit dem Bau der Erschliessungsstrasse „In den Gärten“ erstellt.

Beschluss:

Der Gemeinderat autorisiert einstimmig Richard Gschwind, Gemeindepräsident, und Verena Rüger, Gemeindeschreiberin, das Rechtsgeschäft „Kaufverträge“ zu unterzeichnen.

7.1.5	Anschlussbeiträge, Gebühren
462	Anschlussgebühren

Von der Bauverwaltung liegt eine Liste von Anschlussgebühren betreffs Abwasserbeseitigung und Wasser in der Höhe von CHF 55041.47 vor.

Beschluss:

Einstimmig werden die Anschlussgebühren verfügt.

0.1.2.9	Übriges Gemeinderat
463	Verschiedenes

- Einige Termine:

07. – 11.09.2016	„Sehnsucht“ das Mini-Kultur-Festival in Rodersdorf
15.09.2016	Amt für soziale Sicherheit: Verleihung Sozialpreis
24.09.2016	Bring- und Holtag
01.10.2016	Verein „Freunde des Klosters Dornach“: Jahresausflug. Kosten CHF 100.-- / Anmeldung bis spätestens 15. September 2016
21.10.2016	Verein „Freunde des Klosters Dornach“: Jahreskonzert mit Bettina Urfer und Christian Müller. Anschliessend Nachtessen. Kosten CHF 48.-- ohne Dessert / Anmeldung bis 15. Oktober 2016
10.11.2016, 18:00 Uhr	Verband Solothurner Einwohnergemeinden: Informationsveranstaltung – Workshop zum Thema Anlassbewilligungen.

- KELSAG
Im Wochenblatt vom 11. August 2016 wurde ein Leserbrief mit dem Titel „KELSAG wirft Fragen auf“ veröffentlicht. Der Verfasser kritisiert unter anderem, die Submission sei mit der Bedingung verknüpft, dass ein Anteil der Leistungen in WIR-Geld angerechnet wird. Benjamin Schneebeili wird den Sachverhalt klären.
- JASOL
Am 09. September 2017 feiert die JASOL ihr 10jähriges Jubiläum. Der Beirat hat beschlossen, ein neues Konzept durch eine Arbeitsgruppe erstellen zu lassen.
- Feuerwehr
Am 12. September 2016 wird die Elektroprüfung durchgeführt.
Das Feuerwehrkommando beabsichtigt die Wiedereinführung von Zügen.
- Zweckverband Schiessanlage Schürfeld
Im Zusammenhang mit den Neuwahlen im Kanton Basellandschaft wurde Ueli Heyer abgewählt. Als Präsident der Verwaltungskommission wurde Peter Gubser bestätigt.

Schluss der Sitzung: 22:45 Uhr

Hofstetten, 06. September 2016

Richard Gschwind
Gemeindepräsident

Verena Rüger
Gemeindeschreiberin